

Niederschrift
über die Sitzung des Betriebsausschusses Umweltbetrieb
am 02.03.2016

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 17:35 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Elke Grünewald
Frau Carla Steinkröger
Herr Frank Strothmann
Herr Werner Thole
Herr Detlef Werner

SPD

Frau Dorothea Brinkmann
Herr Sven Frischemeier
Herr Ulrich Gödde
Herr Hans Hamann
Herr Detlef Knabe

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Gerd-Peter Grün
Herr Rainer-Silvester Hahn
Frau Hannelore Pfaff

FDP

Herr Rainer Seifert

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Bürgernähe/Piraten

Herr Christian Heißenberg

Von der Verwaltung:

Frau Ritschel

Frau Stücken-Virnau

Frau Hauptmeier-Knak

Frau Grothe

Beigeordnete für Umwelt und Klimaschutz

UWB, Kaufm. Betriebsleiterin

UWB, Leiterin Geschäftsbereich 4

UWB, Schriftführerin

Vor Eintritt der Sitzung stellt Herr Werner fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 13. Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes am 27.01.2016**

Es werden keine Einwände erhoben.

Beschluss:

Die Niederschrift wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Bau einer zentralen Monoverbrennungsanlage für Klärschlamm**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2758/2014-2020

Herr Werner weist darauf hin, dass eine schriftliche Stellungnahme verteilt wurde.

Frau Hauptmeier-Knak fasst die wesentlichen Inhalte zusammen und erklärt, dass es bisher noch keine konkreten Planungen zum Bau einer zentralen Monoverbrennungsanlage für Klärschlamm gebe. Das Thema befinde sich in der Diskussion und Gespräche würden ergebnisoffen geführt. Sie erklärt, dass noch keine technologischen Alternativen geprüft worden seien, jedoch ab Sommer 2016 vorgesehen sei, in die Prüfung einzusteigen. Es sei ein Fachgespräch geplant, zu dem auch die beteiligten Gremien eingeladen würden. Der BUWB werde über den laufenden Prozess regelmäßig informiert, notwendige Entscheidungen würden zur Beschlussfassung vorgelegt.

Herr Heißenberg teilt mit, er begrüße, dass es zu der Thematik bereits Aktivitäten gebe. Er bittet zu gegebener Zeit neben den beteiligten Gremien auch die Bürgerinnen und Bürger in geeigneter Weise zu informieren. Er gehe davon aus, dass das Thema auch in der Öffentlichkeit stark diskutiert werde.

Frau Ritschel betont, dass das Thema auf der Agenda stehe. Es werde das Ziel verfolgt, regional eine gemeinsame Lösung zu erreichen. Es sei sinnvoll, auch bei dem Fachgespräch, den Austausch mit anderen Kommunen zu suchen.

Herr Stiesch fragt nach, wie bisher mit Klärschlamm verfahren werde.

Frau Ritschel erklärt, dass zu 50 % eine landwirtschaftliche Verwertung und zu 50 % die Verbrennung vorgesehen sei und das Verhältnis derzeit auch in etwa eingehalten werde. Es bestehe jedoch die Option, den Klärschlamm zu 100 % zu verbrennen, wenn es zur Einhaltung rechtlicher Anforderung erforderlich sei.

Beschluss:

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -

Zu Punkt 4

Anträge

Zu Punkt 4.1

Einführung einer 4. Reinigungsstufe in den Bielefelder Kläranlagen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2745/2014-2020

Herr Hahn erläutert den Hintergrund des Antrags. Er erklärt, dass derzeit Fördermittel vom Land NRW bereitgestellt würden, um die Einführung einer 4. Reinigungsstufe zu unterstützen. Er gehe davon aus, dass Abwasserbehandlung mit einer 4. Reinigungsstufe zukünftig vorgeschrieben werde, sodass das Förderprogramm genutzt werden sollte. Der Abwasserverband Obere Lutter habe die 4. Reinigungsstufe bereits eingeführt und auch in Werther habe man sich bereits dafür entschieden.

Ohne weitere Aussprache fassen die Ausschussmitglieder folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, in einer der nächsten Sitzungen über eine mögliche Realisierung einer 4. Reinigungsstufe (ähnlich wie in der Schweiz) in den Bielefelder Kläranlagen zu berichten.

Dabei soll u.a. auf folgende Punkte eingegangen werden:

- **Einschätzung, ob und ggf. wann mit einer gesetzlichen Regelung zu rechnen ist**
- **Schadstoff Elimination aus dem Abwasser**
- **geschätzte Investitions-Kosten**
- **geschätzte Betriebs-Kosten**
- **Auswirkungen auf die Abwasser-Gebühren**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die gemeinsame Abwasserbeseitigung zwischen der Gemeinde Steinhagen und der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2768/2014-2020

Frau Hauptmeier-Knak erläutert, dass sich die Stadt Bielefeld und die Gemeinde Steinhagen bereits vor einiger Zeit darauf verständigt hätten, gegenseitig für einzelne Grundstücke die Regenwasserbeseitigung zu übernehmen. Um die Genehmigung der Bezirksregierung zu erhalten, sei ein Ratsbeschluss erforderlich.

Herr Strothmann fragt, wie groß die eingeleitete Wassermenge sei.

Frau Pfaff fragt, wie die BV Brackwede und der StEA entschieden haben.

Frau Hauptmeier-Knak antwortet, dass es sich jeweils lediglich um 2 Grundstücke handele, die an die Abwasseranlage der anderen Kommune angeschlossen worden seien. Die Kommunen würden jeweils die Abwassergebühren für die Flächen auf ihrem Gebiet abrechnen. Auf Grund der geringen Flächen sei kein Kostenausgleich vereinbart worden.

Die BV Brackwede und der StEA haben sich jeweils einstimmig für den Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung ausgesprochen.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Umweltbetrieb empfiehlt dem Rat zu beschließen, dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die gemeinsame Abwasserbeseitigung zwischen der Gemeinde Steinhagen und der Stadt Bielefeld zuzustimmen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Detlef Werner
Ausschussvorsitzender

Andrea Grothe
Schriftführerin